



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

ABTEILUNG 1 - STEUERUNG, VERWALTUNG UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Regierungspräsidium Karlsruhe · 76247 Karlsruhe

Karlsruhe 13.11.2019

Name Michaela Mansfeld

Durchwahl 0721 926-7710

Aktenzeichen 17-0513.2-B

(Bitte bei Antwort angeben)

Scoping-Verfahren nach § 15 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Anlagen

Scoping-Papier

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Regierungspräsidium Karlsruhe, Straßenbaubehörde, plant als Vorhabenträger den Ausbau der L 370 (nach Umstufung: B 28) zwischen Grünmettstetten (L 370) und der L 355b.

Nähere Informationen zu dem Straßenbauprojekt sind den beigefügten Unterlagen (Scoping-Papier) zu entnehmen.

Wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt, so hat der Vorhabenträger der Planfeststellungsbehörde gemäß § 16 UVPG einen Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) vorzulegen. Gemäß § 16 Abs. 6 UVPG müssen Ergebnisse anderer umweltrelevanter Gutachten in Bezug auf das Vorhaben in den UVP-Bericht integriert werden.

Durch das Scoping-Verfahren gemäß § 15 UVPG werden insbesondere Inhalt, Umfang und Detailtiefe der Angaben ermittelt, die der Vorhabenträger im UVP-Bericht voraussichtlich beizubringen hat.

Die Planfeststellungsbehörde gibt zu diesem Zweck Gelegenheit zur Besprechung (Scoping-Termin).

Der Scoping-Termin findet statt am

**Dienstag, den 17.12.2019 ab 14:30 Uhr
Im Landratsamt Freudenstadt
Großer Sitzungssaal 3 OG
Herrenfelder Straße 14
72250 Freudenstadt,**

zu dem wir Sie hiermit einladen.

Der Einlass erfolgt ab 14:00 Uhr.

Eine unverbindliche Tagesordnung sowie weitere Informationen werden demnächst auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe eingestellt:

Zu dem vom Vorhabenträger vorgelegten Vorschlag (Scoping-Papier) sollen die Behörden, deren umweltbezogener Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, die vom Bund oder Land anerkannten Naturschutzvereinigungen sowie sonstige Vereinigungen, soweit diese sich für den Umweltschutz einsetzen und nach anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind (Vereinigungen), sowie die betroffene Öffentlichkeit Stellung nehmen.

Da die möglichen Umweltauswirkungen / Umweltbeeinträchtigungen möglichst frühzeitig zu ermitteln sind und nur so eine Planoptimierung möglich ist, bitten wir, die in Ihrer Zuständigkeit liegenden öffentlichen Belange bereits im Vorfeld des oder jedenfalls im noch zu bestimmenden Scoping-Termin geltend zu machen.

Ihre Stellungnahme sollte sich vorrangig auf den Gegenstand, den Umfang und die Methoden der UVP sowie zum erforderlichen Inhalt und Umfang der Angaben des UVP-Berichts erstrecken.

Dabei ist u.a. von Bedeutung,

- ob das vom Vorhabenträger vorgesehene Untersuchungsgebiet (siehe Scoping-Papier) zur Erfassung, Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens zutreffend gewählt ist,
- welche Unterlagen bzw. Untersuchungen (ggf. Sondergutachten) zur Durchführung der UVP und zur Integration in den UVP-Bericht für erforderlich gehalten werden,
- welche Trassenalternativen untersucht werden sollten.

Wir bitten um kurze Rückmeldung (per E-Mail an Michaela.Mansfeld@rpk.bwl.de), ob Sie und mit wieviel Personen Sie an dem Scoping-Termin teilnehmen.

Des Weiteren bitten wir Sie, uns Ihre Stellungnahme vorab schriftlich bis zum **04.12.2019** zu übermitteln, gerne auch elektronisch an die oben genannte E-Mail-Adresse.

Mit freundlichen Grüßen

Mansfeld Michaela